



NEXT4EU Perspektiven auf Moldaus EU-Integration

**„Overdeliver and Underpromise“ –  
die Republik Moldau im EU-Beitrittsprozess**

Viktorija Voglsinger-Palm

„Overdeliver and Underpromise“ – scheint das inoffizielle Motto der moldauischen Regierung in Bezug auf den EU-Beitrittsprozess und die dafür nötigen Reformen zu sein. Der Slogan ist eingängig und lässt Besucher:innen mit dem Eindruck zurück, die moldauische Regierung verfüge nicht nur über große Ambitionen, sondern zugleich über eine sehr realistische Einschätzung, welche großen Herausforderungen und auch Hindernisse der Beitrittsprozess für das Land bereithalte.

Eigentlich sehr gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Prozess, der zu konkreten Verbesserungen für die eigene Bevölkerung führt, anstatt in enttäuschten Erwartungen und Resignation auf beiden Seiten zu enden – eine Erfahrung, die die EU und die Staaten des Westlichen Balkans in den letzten Jahren gemacht haben. Eine solche Entwicklung – die viel zitierte „Balkan-Falle“ – möchte die EU nun im Fall der Republik Moldau (und der Ukraine) vermeiden.

### **Reformerfolge und EU-Unterstützung**

Die aktuellen Umstände scheinen dies zu begünstigen: aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist das Bewusstsein innerhalb der EU für geo- sowie sicherheitspolitische Themen stark angestiegen. Und damit auch die Bereitschaft, die Republik Moldau geopolitisch enger an die EU zu binden und in ihrem Reformprozess tatkräftig zu unterstützen. So ist die EU in der Republik Moldau seit April 2023 mit einer „EU Partnership Mission“ präsent, die darauf abzielt, die Stabilität und Resilienz des Landes bei Krisen und gegenüber hybriden Bedrohungen wie Cyberattacken oder Desinformationskampagnen zu stärken. Auch die EU-Delegation im Land, die inzwischen in einem großen, modernen Gebäude in der Stadtmitte residiert, wurde und wird weiterhin personell signifikant aufgestockt. Die EU zeigt sich beeindruckt vom Reformwillen der moldauischen Regierung, was sicherlich auch zur Entscheidung Mitte Dezember beitrug, offiziell Beitrittsgespräche mit dem Land zu eröffnen.

Und in der Tat ist die Bereitschaft zu Reformen und der klar pro-europäische Kurs der moldauischen Regierung beeindruckend. Im Rahmen der Justizreform haben sich bereits ein Großteil der Richter:innen einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen (die viele nicht bestanden haben). Seit einem Jahr wird kein Gas mehr aus Russland für den eigenen Verbrauch importiert, sondern wird nun, wenn auch zu deutlich höheren Preisen, an internationalen Märkten gekauft. Das Land strebt den Austritt aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) an und hat bereits mehrere GUS-Abkommen gekündigt. Zudem benennt die neue Nationale Sicherheitsstrategie zum ersten Mal Russland als zentrale Sicherheitsbedrohung für Moldau.

### **Zivilgesellschaft und russischsprachige Minderheiten**

Bei aller Zuversicht und Euphorie über eine pro-europäische und reformbereite Regierung in Moldau ist es nun aber von zentraler Bedeutung für die EU, die Regierung der Republik Moldau konstruktiv aber keinesfalls unkritisch zu begleiten. Dies wird insbesondere deutlich, wenn man Stimmen aus der Zivilgesellschaft zuhört, die vor einem zunehmenden Lagerdenken und einer weiteren Spaltung der moldauischen Gesellschaft warnen. Vertreter:innen der Zivilgesellschaft bemängeln beispielsweise, dass Kritik an der Regierung direkt als Kritik am pro-europäischen Kurs des Landes umgedeutet werde. Dieses Lagerdenken werde noch durch den Umstand verstärkt, dass es in Moldau derzeit keine ernstzunehmende pro-europäische Oppositionspartei gebe. Zudem fühlten sich insbesondere Vertreter:innen der russischsprachigen Bevölkerungsteile von der Regierung nicht wahrgenommen bzw. nicht repräsentiert. Beispielhaft wird angeführt, dass es die Regierungspartei PAS nicht einmal für nötig gehalten habe, bei den Lokalwahlen in Gagausien (einem autonomen Gebiet innerhalb der Republik Moldau, dessen Bevölkerung größtenteils Russisch und Gagausisch spricht) anzutreten, da sie in dieser Region keine großen Erfolgsaussichten gehabt habe. Letztendlich wurden zahlreiche Kandidat:innen und Stimmen bei der dortigen Wahl von einem moldauischen Oligarchen mit engen Verbindungen nach Russland „gekauft“. Kritiker:innen zufolge halte sich die Regierung selbst für sehr populär, zumindest in der pro-europäischen eingestellten Wähler:innenschaft, unter anderem auch aufgrund des starken Zuspruchs seitens der EU, und sei daher für (konstruktive) Kritik wenig empfänglich. Dabei nehme sie jedoch einen großen Teil der Bevölkerung, insbesondere die russischsprachige, bei ihrem pro-europäischen Kurs nicht ausreichend mit.

### **Mit offenen Karten die „Balkan-Falle“ vermeiden**

Hier wird bereits deutlich, dass der Vergleich mit den Westbalkan-Ländern nur bedingt trägt. Bezüglich der pro-europäischen Orientierung ihrer Bevölkerungen unterscheiden sich die Länder stark. Während in den Ländern des Westlichen Balkans die Zustimmung für einen EU-Beitritt sehr hoch ist (mit Serbien als einziger Ausnahme), ist die Bevölkerung der Republik Moldau in dieser Frage traditionell gespalten. Während in Umfragen vor Russlands Krieg gegen die Ukraine nur etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) einen EU-Beitritt befürwortete, ist die Zustimmung inzwischen auf über 60 Prozent weiter angestiegen. Im Fall der Republik Moldau trifft also eine sehr stark pro-europäisch ausgerichtete Regierung auf eine in dieser Frage (noch) nicht klar positionierte Bevölkerung – eine Kombination, die es in keinem der Westbalkan-Länder in dieser Form gibt. Zudem besitzen zahlreiche Moldauer:innen (manche Schätzungen gehen von einem Drittel bis zur Hälfte aus) bereits die doppelte Staatsbürgerschaft eines

EU-Landes, zumeist die rumänische. Dies gilt auch für zahlreiche Abgeordnete im Parlament.

Betrachtet man das zugrundeliegende Motiv des angestrebten EU-Beitritts, steht für die aktuelle Regierung der Republik Moldau das Thema Sicherheit und Schutz an erster Stelle. Mehr als verständlich für ein Land, das direkt an die Ukraine grenzt und in dessen abtrünnigem Gebiet russisches Militär stationiert ist. Marktzugang und wirtschaftliche oder finanzielle Vorteile einer Mitgliedschaft, welche für die meisten Staaten des Westlichen Balkans im Vordergrund stehen, stehen derzeit für Moldau an zweiter Stelle, wobei mit der Abkehr vom russischen Markt, die EU für Moldau zum wichtigsten Handelspartner wurde. Diese unterschiedlichen Kontexte bedeuten, dass im Fall der Republik Moldau die EU sowie die moldauische Regierung andere Politik- sowie Kommunikationsstrategien verfolgen müssen, um in der breiten Bevölkerung für den pro-europäischen Kurs zu werben.

“

*Bei aller Zuversicht und Euphorie über eine pro-europäische und reformbereite Regierung in Moldau ist es nun aber von zentraler Bedeutung für die EU, die Regierung der Republik Moldau konstruktiv aber keinesfalls unkritisch zu begleiten. Dies wird insbesondere deutlich, wenn man Stimmen aus der Zivilgesellschaft zuhört, die vor einem zunehmenden Lagerdenken und einer weiteren Spaltung der moldauischen Gesellschaft warnen.*

Berücksichtigt man diese kontextuellen Unterschiede, ist es aber trotzdem möglich, Lehren aus dem Beitrittsprozess der Westbalkan-Länder für die Republik Moldau zu ziehen, um enttäuschte Erwartungen oder gar Resignation im Zuge des Prozesses zu vermeiden. Das von der Regierung offensichtlich verinnerlichte Motto „Overdeliver and Underpromise“ ist hierfür bereits ein guter Anfang, auch wenn es scheint, dass dieses sich aktuell eher in Richtung EU als an die eigene Bevölkerung richtet. Auch die eigene Bevölkerung (rumänisch- ebenso wie russischsprachige) sollte von ihrer Regierung darüber informiert werden, welche Fortschritte im Prozess in welchem Zeitrahmen realistisch sind. Zudem sollte die Regierung klar kommunizieren, dass die nötigen Reformen im Interesse des Landes selbst liegen und nicht nur für die EU umgesetzt würden. Größere Stolpersteine wie der Status Transnistriens oder die Frage der in der Verfassung verankerten Neutralität sollten nicht auf einen späteren Zeitpunkt im Verhandlungsprozess verschoben werden. Ein solches Vorgehen mag vielleicht zu Beginn schnellere Fortschritte erlauben, die Enttäuschung und Resignation wird am Ende aber umso größer sein, wenn diese Stolpersteine letztendlich doch den Weg versperren, und man bereits

einiges an politischem Kapital investiert hat. Gleiches gilt auch für die EU – sie kann hier tatsächlich einen Fehler vermeiden, den sie im Fall der Westbalkan-Länder gemacht hat: Sie sollte von Beginn an mit offenen Karten spielen und die aktuell nur bedingt vorhandene Aufnahmebereitschaft der EU klar kommunizieren. Gleichzeitig sollte die EU weiter hervorheben, dass sie bereit ist, sofern Grundwerte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingehalten würden, der Republik Moldau die größtmögliche Unterstützung beim Reformprozess zukommen zu lassen.

### Fazit

Die Republik Moldau, ein kleiner Staat mit begrenzten Ressourcen und unmittelbares Zielobjekt von Russlands hybrider Kriegsführung, benötigt und verdient zweifelsohne die entschiedene Unterstützung der Europäischen Union. Diese Unterstützung sollte aber keineswegs unkritisch gewährt werden oder Schwierigkeiten ausblenden, da dies am Ende der EU und ihrer Glaubwürdigkeit, aber auch der Republik Moldau selbst mehr schaden als nutzen würde.

### **Über die Publikation**

Dieser Beitrag wurde im Rahmen der NEXT4EU Reise in die Republik Moldau, vom 10.-14. Dezember 2023 erstellt, an der zivilgesellschaftliche Vertreter:innen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen teilgenommen haben. Die Reise diente dazu den zivilgesellschaftlichen Austausch mit der Republik Moldau zu fördern, sowie am Vorabend der Entscheidung des Europäischen Rates zur Aufnahme von EU Beitrittsverhandlungen, die Herausforderungen und politische Situation im Land zu analysieren.

### **Über das IEP**

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die der:s Autor:in/der Autor:innen und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

### **Autor:in**

Viktoria Voglsinger-Palm, Stellv. Geschäftsführerin der Südosteuropa-Gesellschaft, München

### **Herausgeber:in**

Prof. Dr. Funda Tekin

### **Redakteur:innen**

Dominic Maugeais

### **Layout**

Laura Worsch

### **Cover Foto**

Roman Drits Barnimages / Unsplash

# iep

Institut für Europäische Politik e. V.  
Bundesallee 23  
10717 Berlin

info@iep-berlin.de  
www.iep-berlin.de